

Niederschrift

über die **23.** Sitzung des **Rates der Stadt** am Dienstag, **16. Dezember 2003, 16.00 Uhr im Saal des Bürgerhauses**, Schlossmacherstraße

Anwesend: Dr. J. Korsten, Bürgermeister
I. Bartholomäus
U. Brand
D. Busch
M. Dummer
R. Ebbinghaus
H. Enneper
H.-P. Fischer
K.-H. Fischer
T. Gasde
D. Graß
R. Greif
M. Grüterich
K. Haselhoff
U. Hebrock
E. Huckenbeck
O. Jung
T. Klee
R. Kötter
M. Kreckel
D. Lunderstädt
A. Müller
H. Nahrgang
H. Römmler
R. Schäfer
U. Schaub
A. Schröder
R. Schulte
M. Schwanz
D. Stark
G. Vörtl
R. Voß
J. Weber
A. Widua
R. Willmann
L. Witasek

bis 17.30 Uhr, TOP 11

Von der Verwaltung: R. Meskendahl
U. Butz
Ch. Schaffert
F. Nipken
R. Voß
V. Bornewasser, Schriftführerin

Es fehlt entschuldigt: B. Rüggeberg

Tagesordnung:**(Öffentlicher Teil)** –geändert-

1. Niederschrift über die 22. Sitzung des Rates der Stadt am 14.10.2003
2. Informationen des Bürgermeisters
3. Einwohnerfragestunde
- 3 a) Antrag der UWG-/CDU-Fraktion vom 2.12.2003 bezügl. Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt
- b) Antrag der SPD-Fraktion vom 11.12.2003 bezügl. Benennung der Straßennamen im Baugebiet Laaker Felder
4. Straßenreinigungsgebühren für das Jahr 2004
5. Gebührensatzung Abfallentsorgung 2004
6. Gebühren für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen 2004
7. Kanalbenutzungsgebühren und Kleineinleiterabgabe für das Jahr 2004
8. Änderung der Satzung über die Bereitstellung von Wohnraum für die vorläufige Unterbringung von Aussiedlern und asylbegehrenden Ausländern
9. Änderung der Benutzungsordnung der Stadtbücherei Radevormwald
10. Änderung des Tarifgefüges im „aquafun“
11. Einbringung des Haushaltes 2004
12. Prüfung der Jahresrechnung 2002
 1. Beschluss über die geprüfte Jahresrechnung gem. § 94 Abs. 1 GO
 2. Entlastung des Bürgermeisters gem. § 94 Abs. 1 GO
 3. Auslegung des Prüfberichtes gem. § 101 Abs. 3 GO
13. Pakt für den Sport zwischen dem Stadtsportverband und der Stadt Radevormwald
14. Abrechnung der straßenbaulichen Maßnahme Siepenstraße nach § 8 KAG NW hier: Kostenspaltung und Abschnittsbildung
15. Über- und außerplanmäßige Ausgaben
- 15 a) Besetzung von Ausschüssen
16. Mitteilungen und Fragen

(Nichtöffentlicher Teil)

17. Niederschrift über die 22.Sitzung des Rates der Stadt vom 14.10.2003 (nichtöffentlicher Teil)
18. Besetzung der Schulleiterstelle an der städtischen Realschule
19. Modifizierung der Stromlieferverträge mit der Stadtwerke Radevormwald GmbH

19 a) Personalangelegenheiten

20. Mitteilungen und Fragen

- - - - -

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt nach § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er erläutert die seit Versendung der Sitzungsunterlagen nachgereichten Anträge und Besprechungspunkte und teilt mit, in welcher Reihenfolge diese beraten werden sollen. Einvernehmlich werden die Punkte 3 a) und 3 b), 15 a) und 19 a) eingefügt. Die anderen Punkte schließen sich entsprechend an.

1. Niederschrift über die 22. Sitzung des Rates der Stadt vom 14.10.2003 (öffentlicher Teil)

Die vorgenannte Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

2. Informationen des Bürgermeisters

a) Der Bürgermeister geht auf die traditionelle Geldsammlung während der letzten Ratssitzung im Jahr ein. Im vorigen Jahr wurde der Betrag der Hospizbewegung zur Verfügung gestellt. Er bittet, in diesem Jahr ebenso zu verfahren. Alle Anwesenden erklären sich hiermit einverstanden.

b) Weiter teilt er mit, dass in einigen Bereichen davon auszugehen ist, dass finanzielle Unterstützung von höherer Ebene zu erwarten ist, z.B. für Textilstadt Wülfing, Verbesserung Keilbecker Straße usw. Gute Förderaussichten bestehen ebenfalls für die Erneuerung der Buswartehäuschen.

3. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

3 a) Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt Antrag von CDU- und UWG-Fraktion vom 2.12.2003

Herr Haselhoff erläutert den Antrag und geht auf die Beschwerden aus der Bevölkerung ein, dass Angstgefühle und Unsicherheiten sich im Bereich der Burgstraße und Umgebung ausbreiten, da dort in zunehmendem Maße eine Ansammlung von ausländischen Gaststätten, Imbissbetrieben usw. zu verzeichnen ist. Vor allem in den Abendstunden kommt es hier zu Anpöbeleien, Schlägereien usw. Daher wird gebeten, mitzuteilen, wie hier vorgegangen werden soll und ob eine Untersagung weiterer Gaststätten erreicht werden kann.

Auch für die AL-Fraktion ist dieser Bereich einer der Brennpunkte in Radevormwald. Das Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung besteht zu recht. Herr Ebbinghaus ist jedoch der Ansicht, dass man anders als von der UWG-Fraktion vorgesehen vorgehen muss. Hier ist im wesentlichen nicht die Hygiene in den Gaststätten gefragt, sondern die Angst richtet sich gegen die meist jugendlichen Gäste, die nach Besuchen der dortigen Lokalitäten alkoholisiert randalieren. Kontrollen der Gaststätten in hygienischer Hinsicht helfen somit

nicht weiter. Ihm ist es auch unerklärlich, warum in dem genannten Bereich eine Ballung von Gaststätten zustande gekommen ist und dies behördlicherseits nicht zu unterbinden war. Da es sich bei den Randalierern meist um Radevormwalder Jugendliche handelt, müsste hier angesetzt werden, z.B. durch den Jugendhilfeausschuss. Dort könnten Maßnahmen zur Integration eingeleitet werden. So kann die Fraktion dem Antrag nicht zustimmen, da dessen Inhalt und die mündlich vorgetragene Begründung durch die UWG nicht miteinander korrespondieren. Das Problem im Bereich Burgstraße kann seiner Meinung nach nicht durch Schließung der dortigen Gaststätten gelöst werden. Kontrollen sind nur ein Baustein. Wenn der Antrag gelautet hätte, dass die Polizei mehr Streifengänge macht oder Streife fährt, vor allem nachts, oder das Ordnungsamt selber noch mehr tätig wird, könnte er damit umgehen. Für die CDU-Fraktion berichtet Herr Enneper, dass auch ihm Beschwerden zugetragen wurden, vor allen Dingen aber auch im Hinblick auf die Wertigkeit der dortigen Grundstücke. Er bittet, da es sich hier, wie bereits erwähnt um einen Brennpunkt handelt, um gezielte Vorgehensweisen.

Frau Butz teilt zum o.a. Antrag mit, dass 14-tägig Kontrollen in diesem Gebiet, teilweise mit Polizeibegleitung, durchgeführt werden. Besonderheiten liegen nicht vor. Sie unterstützt den gestellten Antrag in dem Sinne, dass seitens der Verwaltung weitere Kontrollen im Sinne von Ordnungspartnerschaften zusammen mit der Polizei durchgeführt werden.

Herr Stark äußert sich für die SPD-Fraktion dahingehend, dass das Sicherheitsgefühl der Bürger in diesem Bereich beeinträchtigt ist, jedoch ist dies keine neue Erkenntnis. Ihm geht es darum, die Sinnhaftigkeit des Antrages zu hinterfragen. Wenn alle Kontrollen, die zur Verfügung stehen, durchgeführt werden, macht der vorliegende Antrag wenig Sinn. Seiner Meinung nach müsste festgestellt werden, ob man über die normalen Kontrollen hinaus tätig werden muss oder ob der Antrag als Appellantrag gesehen wird.

Nach Ansicht des Bürgermeisters hat Frau Butz erklärt, dass Kontrollen erfolgen und man noch intensiver seitens der Verwaltung im Rahmen ihrer Möglichkeiten vorgehen könnte. Falls man sich in der Bewertung des Antrages einig ist, sollten keine Streitigkeiten bei der Abstimmung zustande kommen. Die Verwaltung sieht den Antrag als Unterstützung der eigenen Zielrichtung.

Auf Frage von Herrn Schröder, ob bei stetigem Wechsel der Gaststättenbesitzer nicht Einschränkungen bei Konzessionserteilungen gemacht werden können, gibt Frau Butz zu bedenken, dass zugelassenen Gaststätten keine Konzession entzogen werden kann. Bei Neuerteilungen wird schon genauestens kontrolliert und Polizeiakten und Akten der Staatsanwaltschaft angefordert. Konzessionen werden auch häufig verweigert. Es finden sich jedoch immer wieder Personenkreise, denen eine Konzession nicht untersagt werden kann.

Es ergibt sich eine weitere Diskussion über die Sicherheit der Bürger und Parkplatzprobleme mit Ablösesummen usw., die Herr Schaffert ausführlich beantwortet.

Der Rat der Stadt beschließt den Antrag der UWG- und CDU-Fraktion vom 2.12.2003 bezüglich Gaststättenkontrollen etc. in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen (17 CDU, 11 SPD, 4 UWG, 1 FDP, 1 Bürgerm.)
2 Enthaltungen (AL)

3 b) Benennung der Straßennamen im Baugebiet „Laaker Felder“

-Antrag der SPD-Fraktion vom 11.12.2003-

Anbringung einer Namenstafel am Bürgerhaus

- Antrag der UWG-Fraktion vom 14.12.2003-

Die SPD-Fraktion bittet, den Beschluss des Bauausschusses aufzuheben; die UWG-Fraktion bittet, eine Gedenktafel mit den Namen der Opfer des NS-Regimes am Bürgerhaus anzubringen.

Herr Müller trägt für die SPD-Fraktion vor und geht darauf ein, dass man sich im Ältestenrat darauf geeinigt hat, dem Vorschlag der Kirchengemeinden zu folgen und die Straßen am Laaker Feld mit Namen der NS Gegner zu benennen. Im Bauausschuss wurde jedoch anders beschlossen; dieser Beschluss sollte widerrufen werden. Die Kirchengemeinden haben ihre Bitte an den Rat der Stadt herangetragen, die Straßen nach NS Gegnern zu benennen; und zwar nach Pfarrer Siegfried Herrmann, Hermann Becker, Franz Brors und die Namen Hedfeld und Erlemann. Die CDU-Fraktion hat Namen wie Getreide-; Gersten-; Haferstraße vorgeschlagen. Er appelliert an das Geschichtsbewusstsein und die Christlichkeit der Fraktion.

Seitens der CDU-Fraktion wird hier auf das Schärfste protestiert. Es ergibt sich eine erregte Debatte zu diesem Thema, in deren Verlauf der Bürgermeister um Sachlichkeit bittet.

Herr Müller bittet für die SPD-Fraktion, dass man auch heute noch zur seinerzeitigen Überzeugung steht, als die Tafel durch Schüler gefertigt und am Bürgerhaus angebracht wurde. Man kann den NS-Gegnern ein würdiges Andenken geben, indem man Straßen nach ihren Namen benennt.

Herr Haselhoff berichtet, dass die UWG-Fraktion zu dem Ergebnis gekommen ist, dass Straßenbenennungen nach NS-Gegner, die in einem Neubaugebiet außerhalb der Stadtmitte liegen, einer Ehrung nicht gerecht werden. Man sollte auch bedenken, dass hier nur 5 Namen genannt werden, obwohl es sicherlich in Radevormwald viel mehr Bürger gab, die ebenfalls in der damaligen Zeit zu den NS-Gegnern gehörten. Bisher wurden weder an Kirchen noch an sonstigen öffentlichen Gebäuden der Gegner des NS-Regimes gedacht, so dass die von der UWG-Fraktion vorgeschlagene Mahntafel als Kompromisslösung anzusehen ist. Er bittet, entsprechend dem UWG-Antrag zu verfahren.

Nach Ansicht von Herrn Ebbinghaus gab es bisher beim Tagesordnungspunkt „Widmung von Straßen“ niemals Streitigkeiten. Nach den Vorkommnissen der letzten Wochen ist die AL-Fraktion jedoch anderer Ansicht. Bisher hat sich noch kein Stadtrat in Radevormwald gefunden, der eine Ehrung der damaligen Widerstandskämpfer vorgenommen hat. Es ist für ihn beschämend, dass diese Anregung nun von den Kirchengemeinden ergehen musste. Die Anregung, die Straßen im Neubaugebiet „Laaker Felder“ nach NS-Gegner zu benennen, wurde seitens des Bauausschusses abgelehnt. Für die Fraktion wäre es wichtig, noch einmal darüber nachzudenken und für die Zukunft ein Signal zu setzen und die Entscheidung des Bauausschusses zu korrigieren. Den Antrag der UWG-Fraktion sieht er nicht als Ersatz für die Straßenbenennungen an. Eine Gedenktafel, die denjenigen gewidmet ist, die sich der damaligen Diktatur widersetzen, könne zwar am Bürgerhaus angebracht werden, jedoch deckt sie nicht den Bedarf der namentlich zu ehrenden Personen.

Herr Enneper widersetzt sich aufs Schärfste den Äußerungen von Herrn Müller. Er geht auf den Vorschlag des CDU-Mitgliedes K. Schmidt ein, die Straßen im genannten Gebiet nach Getreidearten wie z.B. Hafer-, Gerstenstraße usw. zu benennen. Man kann in einem Baugebiet, das Haupt- und Nebenstraßen hat, keine Widerstandskämpfer dadurch ehren, dass man Straßen nach ihnen benennt, da man nicht weiss, wie die Namen hier zuzuordnen sind. Die Anbringung einer Gedenktafel am Bürgerhaus mit den Namen der NS-Gegner, die hauptsächlich in Radevormwald für den Widerstand gekämpft haben, wäre auch im Sinne der CDU-Fraktion. Er bittet daher, dem Antrag der UWG-Fraktion zuzustimmen. Der Beschluss des Bauausschusses sollte bestehen bleiben.

Der Bürgermeister erklärt, dass es ihm wichtig ist mitzuteilen, dass er den Kirchengemeinden nach einer Besprechung im Ältestenrat in Aussicht gestellt hat, dass dieser mit dem Vorschlag der Gemeinden über die Straßenbenennungen nach NS-Gegner einverstanden war. Außerdem ist er der Ansicht, dass bei Annahme des Antrages der UWG-Fraktion bezüglich Anbringung einer Tafel mit Namen der NS-Gegner ausführlich über die Vorgehensweise zu beraten ist. Die inhaltliche Gestaltung und die Art der Würdigung, auch der unbekannt Namen, sollte durch ein Gremium erfolgen. Er bittet sich darauf zu verständigen, den Antrag der UWG-Fraktion als Grundlage anzunehmen. Heute sollte nur eine Grundsatzentscheidung gefällt werden.

Dem widerspricht Herr Ebbinghaus. Es liegen zwei Anträge vor, über die zu beraten ist. Es ist zu überlegen, welcher Antrag weitergehend ist und bittet daher, kurzfristig die Sitzung zu unterbrechen und den Ältestenrat einzuberufen

Die Sitzung wird für 5 Minuten unterbrochen.

Nach Fortsetzung der Sitzung bittet Herr Ebbinghaus um geheime Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion, die Straßen im Neubaugebiet „Laaker Felder“ nach NS-Gegnern aus Radevormwald zu benennen.

Die geheime Abstimmung hatte folgendes Ergebnis:

14 Ja-Stimmen
22 Nein-Stimmen

Der Antrag ist daher abgelehnt. Der Beschluss des Bauausschuss bleibt bestehen.

Sodann wird über den Antrag der UWG-Fraktion abgestimmt.

Der Rat der Stadt beschließt auf Antrag der UWG-Fraktion, durch Anbringung einer Namenstafel unterhalb der Gedenktafel am Bürgerhaus, den Opfern des NS-Regimes aus unserer Stadt, die erforderliche Würdigung zukommen zu lassen. Form und Inhalt sollen im Hauptausschuss vorberaten werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Straßenreinigungsgebühren für das Jahr 2004

Der Rat der Stadt beschließt die Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Gebührensatzung Abfallentsorgung 2004

Herr Schröder ist der Ansicht, dass keine Rücklagen gebildet werden, sondern stattdessen den Bürgern die Beträge ausgezahlt werden sollten. Die FDP-Fraktion stimmt daher der Vorlage nicht zu.

Verschiedene Fragen von Herrn Ebbinghaus bezüglich Sachkosten für Abfallwirtschaft, Bauhof usw. erläutert Herr Meskendahl ausführlich. Er geht auf Gebühren für Abfallkalender, Papiersammelaktionen der Vereine usw. ein.

Der Rat der Stadt beschließt die Änderung der Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen (17 CDU, 11 SPD, 4 UWG, 2 AL, 1 Bürgerm.)
1 Nein-Stimme (FDP)

6. Gebühren für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen 2004

Laut Herrn Ebbinghaus wird hier quersubventiert. Diese Art der Kalkulation wird die Fraktion nicht mittragen. Die Stadt Oberhausen hat gerade beim OVG Münster mit ihrer Gebührensatzung einen Prozess verloren. Es sollte eine saubere kaufmännische Kalkulation

durchgeführt, der Bereich „Kanal“ vom Haushalt abgetrennt und als Eigenbetrieb geführt werden.

Der Rat der Stadt beschließt die Änderung der Gebührensatzung für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen (17 CDU, 11 SPD, 4 UWG, 1 FDP, 1 Bürgerm.)
2 Nein-Stimmen (AL)

7. Kanalbenutzungsgebühren und Kleininleiterabgabe für das Jahr 2004

Der Rat der Stadt beschließt die 10. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen (17 CDU, 11 SPD, 4 UWG, 1 FDP, 1 Bürgerm.)
2 Nein-Stimmen (AL)

8. Änderung der Satzung über die Bereitstellung von Wohnraum für die vorläufige Unterbringung von Aussiedlern und asylbegehrenden Ausländern

Der Rat der Stadt beschließt die Änderung der Satzung für die vorläufige Unterbringung von Aussiedlern und asylbegehrenden Ausländern in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen (17 CDU, 11 SPD, 4 UWG, 1 FDP, 1 Bürgerm.)
2 Nein-Stimmen (AL)

9. Änderung der Benutzungsordnung für die Stadtbücherei

Der Rat der Stadt stimmt der Änderung der Benutzungsordnung für die Stadtbücherei in der vorgeschlagenen Form zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Änderung des Tarifgefüges im „aquafun“

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Eigenbetriebe und Beteiligungen eine Änderung des Tarifgefüges für das „aquafun“ zum 01.01.2004 gem. den in den Erläuterungen aufgeführten Werten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Einbringung des Haushaltes

Der Bürgermeister trägt vor und bringt den vom Kämmerer auf- und von ihm festgestellten Haushalt ein.

Er erläutert, dass es sich hierbei um den Versuch handelt, unter schwierigsten Verhältnissen die Rahmenbedingungen der Stadt auch in Zukunft zu erhalten. Es liegt allein im Verwaltungs-Haushalt ein Defizit von 10 Mio Euro vor. Damit liegt man jedoch im Trend aller umliegenden Gemeinden im Oberbergischen Kreis. Er teilt weiter mit, dass die Projekte

Fröbelschule, Wülfing, Nordstadt III, Gewerbegebiet Ost und Baugebiet Laaker Felder finanziell abgesichert sind.

12. Prüfung der Jahresrechnung 2002

1. Beschluss über die geprüfte Jahresrechnung gem. § 94 Abs. 1 GO

2. Entlastung des Bürgermeisters gem. § 94 Abs. 1 GO

3. Auslegung des Prüfberichtes gem. § 101 Abs. 3 GO

Herr Römmler trägt als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses vor.

Er erläutert, dass im Vorfeld der Prüfung eine Reihe von Prüfungsbemerkungen durch die einzelnen Ämtern erledigt werden konnten und daher nicht mehr in den Bericht aufgenommen werden brauchten.

Weiterhin führt er aus, dass der Rechnungsprüfungsausschuss in seiner 7. Sitzung am 4.11.2003 einstimmig beschlossen hat,

- den Berichtsentwurf des Rechnungsprüfungsamtes als Schlussbericht im Sinne des § 101 Abs. 3 GO zu erklären (Top 3a)
- dem Rat zu empfehlen, dem Bürgermeister hinsichtlich des Haushaltesjahres 2002 gem. § 94 Abs. 1 GO Entlastung zu erteilen (Top 3b) und weiterhin
- dem Rat zu empfehlen, den Prüfbericht vollständig zur Einsichtnahme auszulegen (Top 4).

Weiterhin berichtet Herr Römmler, dass der Ausschuss in seiner Sitzung beschlossen hat, die begleitende Prüfung der Inventur zum 31.12.2003 und eine Ordnungsmäßigkeitsprüfung für den Bereich des Bistros der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „aquafun“ mit in die Prüfungsplanung 2004 aufzunehmen. Außerdem weist er darauf hin, dass der Ausschuss sich für eine Zertifizierung des Rechnungsprüfungsamtes ausgesprochen hat. Der Begriff der Zertifizierung und die damit verfolgten Ziele sollen von Herrn Nipken vorgestellt werden.

Zur Zertifizierung teilt Herr Nipken mit, dass es Ziel der Rechnungsprüfungsämter ist, noch mehr vorbeugend tätig zu werden. Fehler und erst recht Schäden sollten möglichst erst überhaupt nicht entstehen können. Der Grundgedanke ist, mit Checklisten zu arbeiten. Mit Amtsleitungen und Sachbearbeitern werden konkrete auf die jeweilige Aufgabe bezogene Checklisten, nach denen dann die Prüfung erfolgen soll, gemeinsam erarbeitet und als verbindlich abgesprochen. Im nächsten Schritt ist zu prüfen, wie dieses Checklistensystem auch in anderen Bereichen der Verwaltung eingeführt werden kann. Das Instrument des Qualitätsmanagements wird hier als ideales Hilfsmittel gesehen. Zur Zeit wird versucht, mit dem Innenministerium wegen der Kosten der Zertifizierung über einen Landeszuschuss zu verhandeln und als Modellkommune anerkannt zu werden.

Herr Römmler dankt dem Rechnungsprüfungsamt und der Verwaltung und betont die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Er bittet um einstimmigen Beschluss über die geprüfte Jahresrechnung, Entlastung des Bürgermeisters und die vollständige Auslegung des Prüfberichtes.

Die Frage von Herrn Müller, wie die Zertifizierung angegangen werden soll, beantwortet Herr Nipken dahingehend, dass man z.Zt. u.a. mit dem TÜV in Kontakt steht. Er möchte sich jedoch im Moment nicht festlegen, da hier alles vom Landeszuschuss abhängt.

Herr Ebbinghaus bittet, ein qualifiziertes Unternehmen mit dem Qualitätsmanagement zu beauftragen.

Herr Stark hat die Ausführungen von Herrn Nipken so verstanden, dass der Schwerpunkt der Prüfungstätigkeit inzwischen bei der begleitenden Prüfung liegt. Er möchte wissen, ob es auch noch unvermutete Prüfungen gibt und zwar:

1. wo werden unvermutete Prüfungen durchgeführt
2. hat sich das RPA Gedanken darüber gemacht, was im Rahmen der Antikorruption hier getan wird oder getan werden müsste ?

Herr Nipken berichtet, dass das Rechnungsprüfungsamt nach Dienstanweisung an allen wesentlichen Gesprächen mit den Bietern zu beteiligen ist, damit es auf dem gleichen Informationsstand wie die Fachämter ist. Herr Nipken weist darauf hin, dass Korruptionen

nicht nur in großen, sondern auch in kleinen Bereichen stattfinden könnten. Das Rechnungsprüfungsamt verfügt über ein EDV-Programm, aus dem man ersehen kann, welche Stelle an welche Firmen Aufträge, auch kleinster Art, vergibt. Hier erfolgen auf der Grundlage so gewonnener Auswertungen Stichproben, ob die Vergabevorschriften der Stadt eingehalten werden. Ca. die Hälfte der Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes dürfte sich nach der Einführung flächendeckender Prüfungen anhand Checklisten auf begleitenden Prüfungen erstrecken.

Herr Stark bittet den Leiter des Rechnungsprüfungsamtes um Bestätigung, dass es 2002 keine wesentlichen Beanstanden gegeben hat und die Verwaltung ein gutes Gesamtergebnis an Arbeit abgeliefert hat.

Dies bestätigt Herr Nipken und bittet, wie verwaltungsseitig vorgeschlagen, zu verfahren.

Der Rat der Stadt beschließt die geprüfte Jahresrechnung 2002.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Rat der Stadt beschließt die Entlastung des Bürgermeisters hinsichtlich des Haushaltsjahres 2002 gem. § 94 Abs. 1 GO

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Rat der Stadt beschließt, den Prüfbericht vollständig zur Einsichtnahme auszulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Pakt für den Sport zwischen dem Stadtsportverband und der Stadt Radevormwald

Hierzu erläutert der Bürgermeister. Der Oberbergische Kreis hat in den letzten Tagen den Pakt beschlossen. Die Stadt Radevormwald bemüht sich seit einigen Monaten darum, die Landesportschule in Radevormwald zu erhalten. Dazu hat es eine Reihe von Gesprächen auf den verschiedensten Ebenen gegeben. Der Stadtsportverband hat gebeten, den vorliegenden Pakt zu beschließen, da man die Unterstützung der Landesportschule vor Ort brauche. Der Pakt, der zurückgeht auf die Initiative des Landessportbundes, soll deutlich machen, dass die Sportschule eine integrale Einrichtung in der Stadt Radevormwald ist. Der ganze Bereich „Aus- und Fortbildung“ im Sport kann nirgends besser als in der Landessportschule vermittelt werden.

Herr Schäfer geht auf diese Aussagen ein und erwidert, dass ihm zugetragen wurde, dass der Bürgermeister seinerzeit eine ganz andere Meinung vertreten hat.

Dies bestreitet Herr Dr. Korsten. Nachdem er gehört hat, dass die Schule geschlossen werden soll, hat man das Präsidium nach Radevormwald eingeladen und vehement für einen Erhalt der Schule plädiert. Dies können alle Beteiligten bestätigen.

Herr Ebbinghaus gibt an, dass die AL-Fraktion Wert darauf legt, noch ein paar Anregungen zu diesem Pakt zu machen. Viele Formulierungen sind so offen und zustimmungswürdig gehalten, dass man darüber gar nicht diskutieren kann. Andererseits gibt es aber Formulierungen, die später dazu herausfordern könnten, diesen Gestaltungsspielraum zu benutzen. Es ist wichtig mitzuteilen, dass hier nur im Kontext der jeweiligen finanziellen Situation und der Prioritäten des Rates gehandelt werden kann. Wenn dies den Vertretern des LSB mitgeteilt wird, wird die AL-Fraktion dem Pakt zustimmen.

Frau Huckenbeck findet, dass sich die Formulierung des Paktes zwar gut anhört, man jedoch sicher große Verpflichtungen eingeht. Es wird die Aussage getroffen, dass man den Sport fördern will; das heißt aber auch, dass große finanzielle Belastungen auf die Stadt zukommen.

Der Rat der Stadt beschließt den „Pakt für den Sport zwischen dem Stadtsportverband und der Stadt Radevormwald“ in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Abrechnung der straßenbaulichen Maßnahme Siepenstraße nach § 8 KAG NW hier: Kostenspaltung und Abschnittsbildung

Der Rat der Stadt beschließt eine Abschnittsbildung für die Siepenstraße, für den Bereich von der Einmündung „Am Krankenhaus“ bis zum Ende der Siepenstraße/Sackgasse in südlicher Richtung, sowie eine Abrechnung des Gehwegs im Rahmen der Kostenspaltung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

1. Der Rat der Stadt genehmigt gem. § 82 Abs. 1 GO NW die überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 79.593 € bei der Haushaltsstelle 9000.8100.3 -Gewerbesteuerumlage- und in Höhe von 36.728 € bei der Haushaltsstelle 9000.8110.1 -Finanzierungsbeteiligung „Fonds Deutsche Einheit“- durch die Deckung der Minderausgabe bei der Haushaltstelle 9100.8060.0 -Zinsen für Kredite.-

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Herr Meskendahl beantwortet die Frage von Herrn Ebbinghaus bezüglich der Verlustabdeckung für die Wirtschaftsförderungsgesellschaft dahingehend, dass der Betrag zur Gestaltung der Prioritätenliste 2003 für die Investitionen vom Vermögens- in den Verwaltungshaushalt als außerplanmäßige Ausgabe übernommen wurde.

Der Rat der Stadt genehmigt gem. § 82 Abs. 1 GO NW die außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 100.000 € bei der Haushaltsstelle 8400.7170.8 – Zuschuss an Wirtschaftsförderung GmbH- durch die Deckung der Minderausgaben bei den Haushaltsstellen 5600.5000.3 –Instandsetzung Turnhallen- (28.350 €), 9000.8320.7 Kreisumlage- (41.000 €) und 9100.8060.0 –Zinsen für Kredite (30.650 €)-:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Bei dieser Tischvorlage handelt es sich nur um eine Umbuchung.

Der Rat der Stadt genehmigt gem. § 82 Abs. 1 GO NW die außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 39.257,91 € bei der Haushaltsstelle 8800.5000.4 –Unterhaltung bebauter Grundbesitz- durch die Deckung der Minderausgabe bei der Haushaltsstelle 9100.8060.0 -Zinsausgaben an sonst. öffentl. Sonderrechnungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Der Rat der Stadt nimmt die vorliegende Liste der über- und außerplanmäßigen Ausgaben zur Kenntnis.

15 a) Besetzung von Ausschüssen

Der Rat der Stadt beschließt auf Antrag der UWG-Fraktion vom 6.12.2003, folgende Umbesetzung des **Verkehrsausschusses** vorzunehmen:

Bisher: Klaus Haselhoff (Ratsmitglied)
Jetzt: Burkhard Wigge (sachk. Bürger).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Rat der Stadt beschließt auf mündlichen Antrag der SPD-Fraktion, folgende Änderung im **Wasserversorgungsverband** vorzunehmen:

Bisher: Detlef Graß
Jetzt: Halil Calik.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. Mitteilungen und Fragen

a) Herr Haselhoff möchte wissen, ob eine Reduzierung der Beleuchtung durch Abbau von Laternen am Fußweg zwischen Schröderweg und Flurstraße geplant ist. Die UWG-Fraktion hält dies für nicht angezeigt und bittet, die Beleuchtung in der bisherigen Form aufrecht zu erhalten. Es besteht eine Verkehrssicherheitspflicht der Stadt.

Herr Schaffert erklärt, dass die Problematik bekannt ist. Im Bauausschuss wurde berichtet, dass an diesem Weg die Laternen in einem sehr schlechten Zustand sind und erneuert werden müssen. Für die Erneuerung ist mit einer Summe von 11.000 € zu rechnen.

Herr Römmler ist ebenfalls mit dem ablehnenden Beschluss des Bauausschusses nicht einverstanden. Dieser Fußweg wird sehr stark in Anspruch genommen und macht eine ausreichende Beleuchtung erforderlich. Es handelt sich hier um die einzige Fußgängerverbindung zwischen Keilbeck und Dahlhausen. Er bittet um Prüfung, ob unbedingt 11.000 € erforderlich sind.

b) Herr Ebbinghaus geht auf einen Zeitungsartikel im RGA ein, in dem berichtet wurde, dass das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ein Urteil gefällt hat, nachdem Listenverbindungen bei Ausschussbesetzungen unzulässig sind. Geklagt hatte eine freie Wählergemeinschaft in Tönisvorst. In dieser Gemeinde müssten die Ausschussbesetzungen neu geregelt werden. Er möchte wissen, wie in Radevormwald in diesem Falle verfahren würde.

Verwaltungsseitig wird zugesagt, das Urteil anzufordern und die rechtlichen Konsequenzen prüfen. Bis zur nächsten Ratssitzung weiss man diesbezüglich Näheres.

c) Herr Ebbinghaus fragt nach, ob bekannt ist, was mit dem ehemaligen Hotel Weber geschieht, wenn der Mietvertrag mit der Stadt Ende Februar 2004 ausläuft. Ihm ist zugetragen worden, dass auch ein Interessenschwerpunkt für einen islamischen Verein möglich sein könnte.

Der Bürgermeister teilt mit, dass ihm nicht bekannt ist, was der Eigentümer mit diesem Gebäude vor hat.

d) Herr Willmann geht auf die Parkplatzsituation gegenüber der Schlossmacherstrasse (Firma Lidl) ein und erklärt, dass vor einigen Monaten Schranken installiert wurden. Der Parkplatz soll ½ Stunde nach Geschäftsschluss geschlossen werden. In einer Liegenschaftsausschuss-Sitzung wurde jedoch dafür plädiert, dass der bisherige Zustand erhalten bleibt. Jedermann soll jederzeit dort ohne Gebühr parken können. Wenn die installierte Schranke geschlossen wird, ist dies nicht mehr möglich.

Herr Meskendahl teilt mit, dass er gerade die Information erhalten hat, dass dies ab 1.1.2004 vorgesehen gewesen sei, Gespräche mit der Eigentümerin jedoch stattfinden. Seinerzeit wurde mit ihr vereinbart, das Gelände für öffentliche Parkflächen vorzuhalten. Es muss geprüft werden, ob es vertraglichen Verpflichtungen für diesen Bereich gibt.

e) Herr Voß teilt im Anschluss an diesen Punkt mit, dass das heutige Sammelergebnis eine Summe in Höhe von **243 Euro** erbracht hat.